

V0633/24

Einführung einer Netto-Null-Versiegelung für die Stadt Ingolstadt
- Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe vom 28.08.2024 -

Antrag:

Die Stadt Ingolstadt schließt sich einer Reihe von Städten in Deutschland an, die sich auf den Weg gemacht haben, um ab dem Jahr 2030 eine Netto-Null-Versiegelung für ihre Stadt auf den Weg zu bringen.

Als erste Vorarbeit ist schon jetzt der Aufbau und dann die laufende Fortschreibung eines Versiegelungs- und eines Entsiegelungskatasters in Angriff zu nehmen.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	26.03.2025	Bekanntgabe
Stadtrat	10.04.2025	Entscheidung

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 26.03.2025

Der Antrag der ödp-Stadtratsgruppe V0633/24 und der Antrag der Verwaltung V0111/25 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadtrat Köstler merkt an, dass er nicht im Ausschuss sei und nicht abstimmen werden. Die ÖDP-Stadtratsgruppe habe gegen die Netto-Null-Versiegelung gestimmt, da man eine andere Meinung als die Stadtverwaltung und der Rest des Stadtrates zum Thema Wachstum habe. Die ÖDP-Stadtratsgruppe ist nicht der Meinung, dass die Netto-Null-Versiegelung ein Ding der Unmöglichkeit sei, da die Stadt zu jedem Preis wachsen müsse, um attraktiver und schöner zu sein. Des Weiteren merkt Stadtrat Köstler an, dass er es nicht richtig finde, dass der Antrag als Bekanntgabe abgehandelt werde, denn eine bestimmte Forderung sei keine Bekanntgabe, und es sei Aufgabe des Stadtrates im Ausschuss und dann im Stadtrat darüber abzustimmen.

Stadtrat Böttcher teilt mit, dass er bei Herrn Dr. Schweiger bezüglich der Entsiegelung und Versiegelung nachgefragt habe und es sei nach wie vor so, dass man mehr Entsiegelung als Versiegelung habe.

Stadtrat Lange teilt die Meinung von Stadtrat Köstler. Wenn ein Antrag im Stadtrat lande, muss entweder abgelehnt oder zugestimmt werden. Einen Antrag mit einer Bekanntgabe abzuschließen, funktioniere auch nach der Geschäftsordnung des Stadtrates nicht. Er bittet darum, in Zukunft mehr darauf zu achten.

Stadtrat Deiser ist der Meinung, dass eine Stadt in der die Bevölkerung rasant wache, muss die Möglichkeit haben, zu wachsen. Wenn nicht, dann passiere das, was man nicht wolle, dann werden die Mieten unbezahlbar. Mieten könne man nur in einem vernünftigen Maß halten, wenn es die Möglichkeit gebe, Wohnraum zu schaffen.

Frau Wittmann-Brand schlägt folgende Umformulierung des Beschlusses vor: „Der Einführung einer Netto-Null-Versiegelung wird nicht zugestimmt oder wird nicht weiterverfolgt“. Darüber könne dann noch einmal abgestimmt werden. Sie stellt jedoch in Frage, ob der Antrag in die Vollversammlung gebracht werden soll, da bisher darauf geachtet worden sei, nach Möglichkeit die Anträge nicht in die Vollversammlung zu bringen, da es ansonsten sehr viele Tagesordnungspunkte im Stadtrat seien.

Stadtrat Dr. Schuhmann regt an, es so zu machen wie immer und die Beschlussvorlage umformuliert werden soll und dann könne darüber abgestimmt werden.

Stadtrat Köstler teilt mit, dass die Umformulierung jederzeit möglich sei. Trotzdem soll der Antrag in der Vollversammlung abgestimmt werden.

Oberbürgermeister Dr. Kern erklärt, dass der Antrag entweder in die Vollversammlung aufgenommen werden könne oder zunächst im Ausschuss vorberatend abgestimmt werden könne.

Stadtrat Bannert äußert, dass die Beschlussqualität der Vorlage „Bekanntgabe“ sei und auch so in der Fraktion besprochen wurde. Angesichts der neuen Erkenntnisse bittet er darum, die Vorlage erneut in die Fraktionen zurückzugeben, um diese dort zu beraten und gegebenenfalls auch in der Vollversammlung am 10.04.2025 zu diskutieren.

Der Antrag der Verwaltung wird zur Beratung zurück in die Fraktionen gegeben.